

Presseschau des Wahnsinns: «Russland befindet sich nicht im Krieg mit der Ukraine – die ganze Geschichte wurde in Washington DC eingefädelt»

Die Schriftstellerin Irina Rastorgujewa hat einen Monat lang russische Medien gelesen. Sie stiess dabei auf unfassbare Absurditäten: Für Kinder gibt es bei einem Sportspiel Gasmasken als Preis. Tote Soldaten gibt es angeblich fast keine, aber Putin fördert die Prothesenproduktion.

Irina Rastorgujewa

04.02.2023, 05.30 Uhr



Der russische Präsident Wladimir Putin auf dem Bildschirm an einer Fassade des Hotels Salyut in Moskau, im Dezember 2020.

Anton Novoderezhkin / Reuters

Die russische Realität hat die roten Linien des Absurden seit langem überschritten, und doch gibt es immer neue rote, «röttere» und «rötteste» Linien, die sie selbst errichtet, um sie anschliessend einreissen zu können. In einer Telegram-Gruppe schreibt ein Anonymous: «In Russland kann es keine politischen Anekdoten mehr geben, weil sie vollständig durch Nachrichten ersetzt worden sind.» Allein im Januar übertreffen die Medienberichte aus der Russischen Föderation die grossen Werke der absurden Literatur. Wir verzichten auf Kommentare, die Dramaturgie spricht für sich.

Abgeordnete bedrohen andere Abgeordnete mit einem

Vorschlaghammer. Der ehemalige Chef des staatlichen Raumfahrtunternehmens Roskosmos, Dmitri Rogosin, schickt ein Schrapnell, das ihm aus dem Rücken geschnitten wurde, nach Frankreich, weil es sich um ein Geschoss handelt, das angeblich von einer französischen Caesar-Haubitze abgefeuert wurde. Der Roskosmos-Pressedienst verkündet stolz die Zusammenarbeit mit Simbabwe beim Bau und Start neuer Satelliten.

Soldaten fahren im Güterwaggon an die Front

Präsident Putin schlägt der Staatsduma vor, aus dem Strafrechtsübereinkommen über Korruption auszutreten, dem Russland 1999 in Strassburg beigetreten ist. Gleichzeitig bringt er einen Gesetzentwurf zur Kündigung internationaler Verträge des Europarats mit Russland ein. Ausserdem will Putin die Entwicklung der Produktion von Prothesen fördern.

Mobilisierte aus Irkutsk werden in verschmutzten, unbeheizbaren Güterwaggons an die Front in der Region Luhansk gebracht. Die Militärstaatsanwaltschaft reicht beim Leninski-Bezirksgericht in Wladimir Klage gegen die Uno ein und fordert die Sperrung der offiziellen Uno-Nachrichten-Website. Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, erklärt: «Russland befindet sich nicht im Krieg mit der Ukraine, wir können die einfachen Ukrainer grundsätzlich nicht hassen. Die ganze Geschichte mit der Ukraine wurde in Washington DC eingefädelt, um Techniken zu entwickeln, mit denen ein Volk gegen ein anderes ausgespielt werden kann», zitiert ihn die

«Rossijskaja Gaseta».

Gelder für Behinderte werden für Ehrenbanner ausgegeben

Aus der Region Rostow wird berichtet, dass Gelder aus einem Wohltätigkeitsfonds für behinderte Kinder für die Anbringung von Bannern zu Ehren der im Krieg Gefallenen ausgegeben wurden. Nowosibirsker Kinder, die am Militärsport-Spiel «Sieg» teilnehmen, erhalten als Preis Gasmasken und Schutzanzüge. In der Bibliothek von Antsir findet ein Meisterkurs zur Herstellung von Schützengrabenkerzen statt. Die Vorsitzende des «Rates der Mütter und Ehefrauen», Olga Tsukanowa, die Beschwerden von Wehrpflichtigen nach Moskau brachte, wird in Samara wegen des Verdachts auf «Diskreditierung» der Armee festgenommen.

Die nationale Buch-Union fordert, die Handlung in den Werken russischer Klassiker auf die Einhaltung des Gesetzes über LGBT-Propaganda zu überprüfen. Die Inspektion erstreckt sich auf Werke von Gorki, Scholochow, Alexander Ostrowski. Witali Milonow, Mitglied der Staatsduma, schlägt vor, eine spezielle Organisation zur Erkennung von LGBT-Propaganda einzurichten, damit Videospiele, Bücher, Filme und andere Medienprodukte überprüft werden können.

Brief aus der Haftanstalt

Ilja Sachkow, der Gründer des Cybersicherheitsunternehmens Group-IB, äussert sich dazu, wie IT-Spezialisten, die das Land verlassen haben,

nach Russland zurückgebracht werden können. Er ist der Meinung, dass man ihre Sicherheit in vollem Umfang gewährleisten und ihnen Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung bieten muss. Sachkow führt seine Empfehlung in einem Brief aus der Haftanstalt aus, in der er seit September 2021 wegen Hochverrats inhaftiert ist.

Der Abgeordnete der Staatsduma, Dmitri Gussew, schlägt vor, Europäern und Amerikanern jeweils 10 Hektaren Land in Russland kostenlos zur Verfügung zu stellen. «Die Menschen werden von dort aus zu uns strömen. Sieben Millionen, Europäer und Amerikaner, die gerade durch Hölle und Terror gehen, werden zu uns kommen!» – nachzulesen im offiziell staatlichen Online-Portal gazeta.ru.

Warnung vor Nazis

Wjatscheslaw Wolodin, Sprecher der Staatsduma, schlägt vor, das Eigentum von «Schurken» zu beschlagnahmen, die ins Ausland gegangen sind und den Krieg kritisieren. Kirill Kabanow, Vorsitzender des Nationalen Antikorruptionskomitees und Mitglied des Präsidialrats für Zivilgesellschaft und Menschenrechte, schlägt vor, den Rechtsbegriff «Verräter» gesetzlich zu definieren. Die Duma debattiert den Vorschlag, Schauspieler, die den Krieg anprangerten, in Filmen als «Verräter» zu kennzeichnen.

Die Behörden der Region Primorje haben die Einwohner vor «ukrainischen Nazis» gewarnt, die Kinder anrufen und sie auffordern, Elektrogeräte und Gas einzuschalten. Die Nachricht wurde von Tass, der

ältesten, 1904 begründeten Nachrichtenagentur, veröffentlicht. Aber Tass vergass zu erwähnen, dass die Region Primorje nicht an die Gasversorgung angeschlossen ist, selbst die örtlichen Behörden haben das vergessen.

Ehre für den Wagner-Krieger

Jan Kulikow, der Besitzer eines Buchladens in Kostroma, wird wegen eines Posts, in dem er schrieb, er sei gegen die Mobilisierung und für «Frieden mit den Nachbarn», strafrechtlich verfolgt. Im Winter 2021 riskierte Kulikow sein Leben, um zwei Kinder aus einem brennenden Haus zu retten. Stattdessen wird in einer Schule in der Region Saratow eine Gedenktafel für einen Kämpfer der Wagner-Gruppe enthüllt, der im Krieg in der Ukraine gefallen ist. Vor dem Krieg sass er in einer Strafkolonie für Sicherheitskräfte ein; wegen Mordes in betrunkenem Zustand war er zu sieben Jahren strengen Regimes verurteilt worden.

Das Gericht in Twerskoi bestätigt die Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft, einer Einwohnerin von Magnitogorsk, die 2016 von der Polizei geschlagen und vergewaltigt wurde, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zugesprochene Entschädigung von 26 000 Euro nicht zu zahlen. Die Generalstaatsanwaltschaft berief sich auf den Austritt Russlands aus dem Europarat im März. Obwohl der Richter dieses Argument für «unhaltbar» hielt, begründete er seine Entscheidung mit der «geopolitischen Lage» und der Umwandlung des Europarats in eine «Struktur zur aggressiven Durchsetzung eines neoliberalen Ansatzes bei

den Menschenrechten», berichtet die Online-Ausgabe «Arbat Media».

Wissenschaftler erfinden spezielles Weihrauchgefäß

Die russischen Lebensmittelproduzenten stehen vor neuen Schwierigkeiten. Den Tee- und Kaffeeproduzenten fehlt es an Filterpapier und Schnüren für Tüten, den Konservenherstellern an Ringen für Blechdosen. Laut einer Kommission des Gesundheitsministeriums droht ein Mangel an 100 elementar wichtigen Medikamenten. Mitglieder der Russischen Akademie der Wissenschaften erfinden ein langlebiges und rauchfreies Gefäß zum Weihrauchschwenken.

Die Staatsduma setzt eine «Arbeitsgruppe zur Bewahrung traditioneller Werte» ein. Zu den Werten gehören «Patriotismus, Kontinuität zwischen den Generationen, die Einheit der Völker Russlands und der Vorrang des Geistigen vor dem Materiellen». Der erste stellvertretende Botschafter Russlands bei den Vereinten Nationen, Dmitri Poljanski, berichtet, dass spezielle, «Gott lästernde Krähen» durch Kiew flögen, die «vom ukrainischen Regime gesponsert werden», wie die russische Nachrichtenagentur Novosti zitiert.

Flammenwerfer auf dem Eis

In Woronesch werden Kissen gesammelt, um die Windjacken für die russische Armee zu nähen. Ein Einwohner des Moskauer Gebiets findet bei einem Spaziergang am Flussufer in Puschkino einen tragbaren

Flammenwerfer der Marke Bumblebee mit Munition auf dem Eis. Jewgeni Balizki, der amtierende Gouverneur der Region Saporischja, sagt, dass die Einwohner für kritische Beiträge über den russischen Präsidenten zur Strafe ab sofort Schützengräben ausheben müssten.

In Rostow am Don werden massgefertigte Bunker angeboten. Der kleinste mit einer Fläche von 13,9 Quadratmetern kostet fünf Millionen Rubel, etwa 65 000 Euro. Er bietet Platz für drei bis vier Personen und soll innerhalb von zwei Wochen fertig sein. Der grösste Bunker kostet 10,5 Millionen Rubel und kann in drei Monaten hergestellt werden. Er bietet Platz für fünf bis elf Personen. Der Verkäufer behauptet, ein solcher Bunker «funktioniert vierzehn Tage lang autonom» und schützt «vor Schockwellen und Strahlung». Russland sperrt CIA- und FBI-Websites «wegen Verbreitung von Fälschungen», teilt Interfax mit.

«Ihr seid hier alle mit Propaganda vollgespült.»

Ein 15-jähriges Mädchen wird festgenommen, weil es Blumen am Moskauer Denkmal für Lesja Ukrainka zum Gedenken an die Opfer des Raketenangriffs vom 14. Januar in Dnipro niedergelegt hat. Nelly Losewa, eine Einwohnerin von Tschita, wird zu einer Geldstrafe von 30 000 Rubel verurteilt, weil sie im russischen sozialen Netzwerk Odnoklassniki ein Bild gelikt hat, das auf den Tod der im Krieg in der Ukraine eingesetzten Soldaten hinweist. Einem 16-Jährigen wird vorgeworfen, die Armee diskreditiert zu haben, weil er auf dem Schulflur rief: «Wenn ich in den Krieg ziehe, dann für die Ukraine! Ihr seid hier alle mit Propaganda vollgespült.»

Gegen einen Mann aus Chabarowsk wird ein Strafverfahren wegen Rechtfertigung des Terrorismus eingeleitet, weil er Tschetscheniens Präsidenten Ramsan Kadyrow zur «Übernahme Moskaus» aufgerufen hat, informiert Radio Liberty im Rahmen der Sendung «Sibirien. Realitäten». Jewgeni Prigoschin, der Chef der Wagner-Gruppe, verkündet, dass Youtube in Russland bald verboten sein wird. Alexander Khinstein, der Leiter des Staatsduma-Ausschusses für Informationspolitik, sagt, der Ausschuss wisse nichts von einem Verbot von Youtube in naher Zukunft.

Zwei Menschen rudern über die Beringstrasse

Die Generalstaatsanwaltschaft stuft die Andrei-Sacharow-Stiftung als unerwünschte Organisation in der Russischen Föderation ein, und das Moskauer Stadtgericht liquidiert die Moskauer Helsinki-Gruppe, die älteste Menschenrechtsorganisation Russlands. Der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, beauftragte die Abgeordneten mit der Ausarbeitung von Änderungen des Strafgesetzbuches, die eine Haftung für die «Diskreditierung» der Wagner-Söldner vorsehen. Die russische Armee hat angeblich immer noch fast keine Verluste zu beklagen, allerdings erlebt die Bestattungsbranche ein beispielloses Wachstum, das mit der Coronavirus-Pandemie begann und sich mit den Ereignissen in der Ukraine fortsetzt.

Doch es gibt auch gute Nachrichten. Zwei Einwohner von Tschukotka, die auf dem Höhepunkt der Mobilisierung mit einem Boot durch die 85 Kilometer breite Beringstrasse bis zur amerikanischen Küste ruderten,

durften bleiben. Die russischen Staatsbürger verbrachten drei Monate im Arrest der Einwanderungs- und Zollbehörde. Dank einem örtlichen Pfarrer ukrainischer Abstammung, der die Kautions stellte und ihnen eine Unterkunft besorgte, kamen sie frei. In Kürze werden die beiden in Amerika arbeiten dürfen.

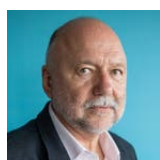
Irina Rastorgujewa wurde 1983 in Juschno-Sachalinsk, Russland, geboren und lebt als freie Autorin in Berlin. 2022 erschien ihr Buch «Das Russlandsimulakrum» bei Matthes und Seitz.

Passend zum Artikel



Europäer sollten nicht fragen, warum die Russen nicht gegen den Krieg auf die Strasse gehen. Sie würden besser selber auf die Strasse gehen und fragen, warum ihre Länder mit Putin weiterhin Handel treiben

05.02.2023



Andrei Kurkow: «Solange Putin lebt, wird es in der Ukraine keinen Frieden geben»

26.10.2022



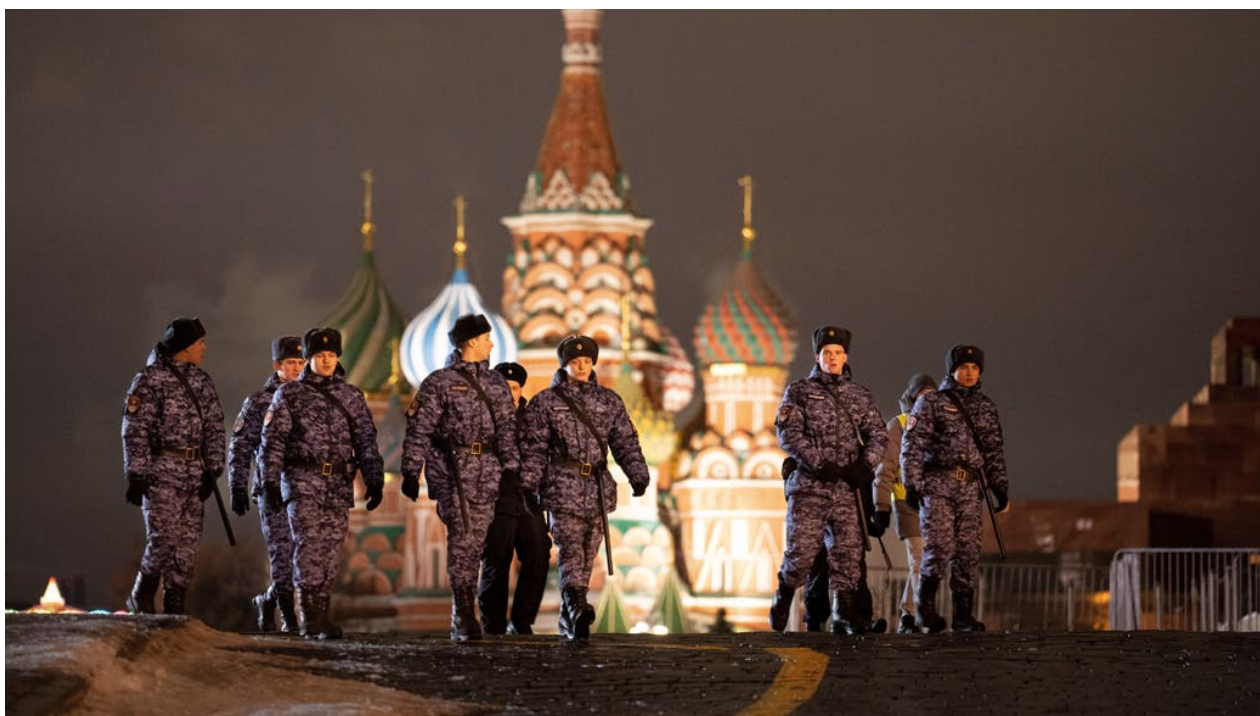
Die russische Armee war und bleibt eine Schule der Sklaven

26.03.2022



Mehr zum Thema Russland

[Alle Artikel zum Thema >](#)



Europäer sollten nicht fragen, warum die Russen nicht gegen den Krieg auf die Strasse gehen. Sie würden besser selber auf die Strasse gehen und fragen, warum ihre Länder mit Putin weiterhin Handel treiben

05.02.2023



LIVE

**Krieg in der Ukraine: Polen bestätigt baldigen Biden-Besuch
+++ Stromversorgung kritischer Infrastruktur in Odessa wiederhergestellt**

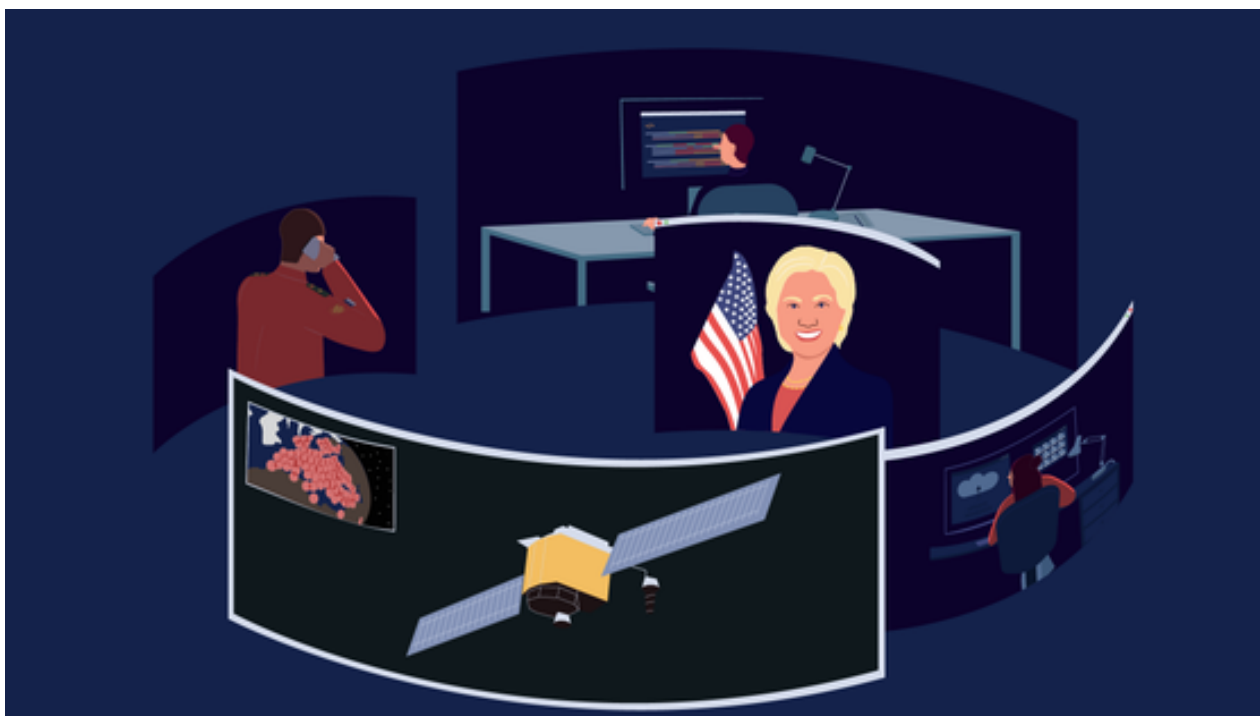
vor 1 Stunde



Neuartige Bomben für die Ukraine: Für Russlands Truppenstützpunkte wird die Lage ungemütlich

04.02.2023

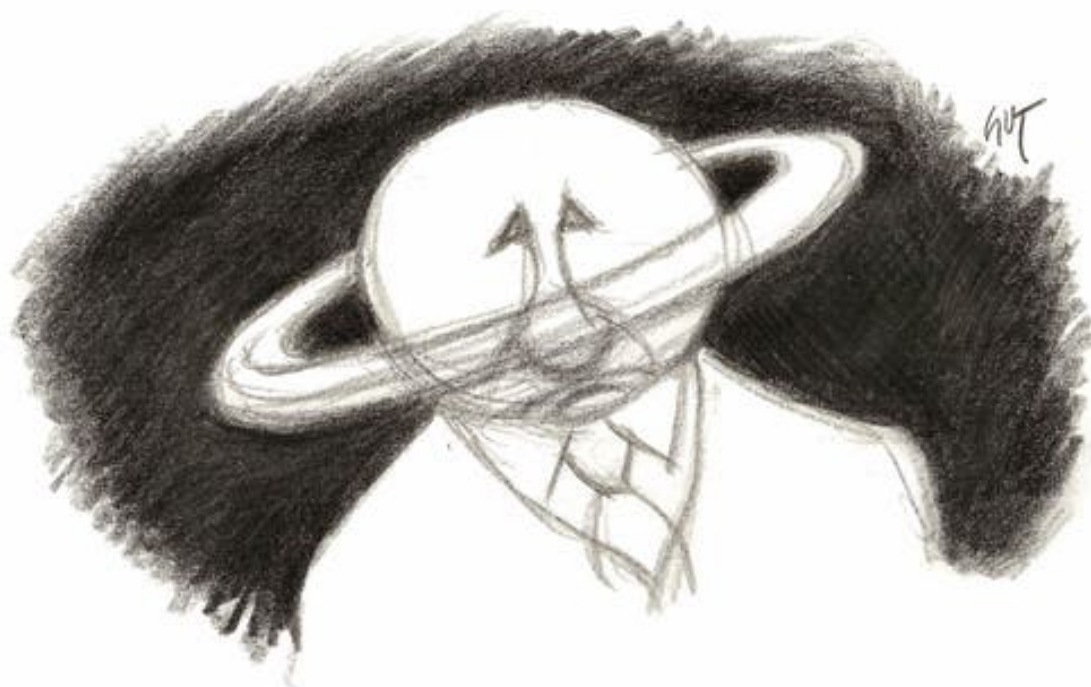




ERKLÄRT

Stromausfälle und Manipulationen: wie Russland mit Cyberangriffen gegen westliche Staaten vorgeht

04.02.2023



GASTKOMMENTAR

«Nähe zu Putin»? Keine Willkür bei den russischen Oligarchengeldern

04.02.2023





DIE NEUSTEN ENTWICKLUNGEN

Rohstoffe als Waffen: EU-Staaten beschliessen Preisdeckel für russische Erdölprodukte

• Aktualisiert 04.02.2023



Weitere Themen

Ukraine

Wladimir Putin

Für Sie empfohlen

Weitere Artikel >



Im «Polizeiruf» aus Frankfurt/Oder liegt ein Schuldner tot in einer Kiesgrube. Zuvor ging er pilgern. War er auf der Suche nach dem «Gott des Bankrotts»?

05.02.2023



SERIE

Ach ja. Wenn Putin gesagt hat, dass die getöteten Soldaten in den Himmel kommen, dann wird dies zweifellos auch der Fall sein

05.02.2023



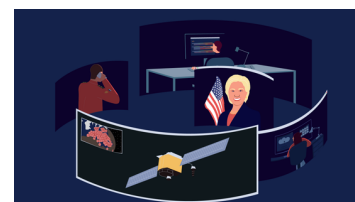
Der neue Maersk-Chef kommt aus der Schweiz: «Die Containerschiffe haben ihre maximale Grösse erreicht»

05.02.2023



In Bamako findet die grösste Fotobiennale Afrikas statt. Die Organisatoren wollen damit junge Künstler ermutigen, Komplexe gegenüber Europa abzulegen

04.02.2023



ERKLÄRT

Stromausfälle und Manipulationen: wie Russland mit Cyberangriffen gegen westliche Staaten vorgeht

04.02.2023





«Obwohl du eine Frau bist, hast du brilliert» – im deutschen «Spiegel» erhebt eine Journalistin heftige Vorwürfe gegen das Schweizer «Magazin» und das Medienhaus Tamedia

04.02.2023



Urteil im Tesla-Prozess: Die Geschworenen befinden CEO Elon Musk für nicht schuldig

04.02.2023



Der Vielbegabte – Jürgen Flimm war Intendant der Berliner Staatsoper, Theatermann und noch viel mehr

04.02.2023



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.